

COPING WITH CRISES IN AFRICA:

STRENGTHENING MULTILATERAL CAPACITY FOR PEACE AND SECURITY

Das 38. International Peace Institute Vienna Seminar on Peacemaking and Peacekeeping vom 1.–3. Juni 2008

Ein Bericht von Thomas Pankratz

Seit nunmehr 38 Jahren finden in Wien Seminare des International Peace Institute (IPI, vormals International Peace Academy) statt, bei denen stets für Frieden und Sicherheit aktuelle Themen diskutiert werden. Das diesjährige IPI-Seminar wurde in Kooperation zwischen dem BMLV (DionSihPol, MilPol und LVAK/IFK), dem BMeiA und der Diplomatischen Akademie veranstaltet. Das dreitägige Seminar widmete sich heuer Afrika und den multidimensionalen und komplexen Herausforderungen, denen die internationale Staatengemeinschaft auf diesem Kontinent gegenübersteht.

In den letzten Jahren sind viele positive Entwicklungen in Afrika festzustellen: die Stabilisierung Westafrikas (z.B. in Sierra Leone oder Liberia), die verstärkte internationale und regionale Kooperation, vor allem durch die Afrikanische Union, aber auch die Zunahme des Selbstbewusstseins afrikanischer Gesellschaften. Andererseits steht Afrika weiterhin vor einer großen Anzahl von Problemen: gewaltsam ausgetragenen Krisen und Konflikten, Klimawandel, Nahrungsmittelknappheit, Epidemien und wachsenden Bevölkerungen mit einem großen Anteil junger Menschen („Youth Bulge“).

Einführend skizzierte *Terje Rød-Larsen*¹ drei bestimmende globale Megatrends: Rasante technologische und demografische Entwicklung sowie Zunahme der internationalen Akteure verbunden mit steigender Verrechtlichung. Auf dem Gebiet der Sicherheit herrschen drei Entwicklungen vor, unter denen besonders Afrika weiterhin zu leiden hat: anhaltende Gewalt („Violence Persists“), das Zusammentreffen verschiedener Krisen („Crisis Overlap“) und der transnationale Charakter von Bedrohungen („Threats Travel“).

Diese komplexen Prozesse und Entwicklungen können nach *Raimund Schittenhelm* nicht isoliert betrachtet werden. Entwicklungen in Afrika haben Auswirkungen auf die gesamte Welt und somit auch auf Europa. Europa ist sich seiner Verantwortung bewusst und engagiert sich in der Folge zusehends auch in Afrika. Die Landesverteidigungsakademie hat bei der Vorbereitung des internationalen Engagement Österreichs eine wichtige Rolle. Und zwar nicht nur durch die höhere Offiziersausbildung, sondern auch durch eigene Forschung und Wissenschaft wie sie etwa am Institut für Friedenssicherung- und Konfliktmanagement (IFK) gepflegt wird.

Auch wenn sich das Aufgabenspektrum der Diplomatie in der globalisierten Welt stark ausgeweitet hat, so *Gerhard Reiweger*, bleibt das vorrangige Ziel diplomatischer Bemühungen Friede und Sicherheit. Dazu ist Capacity-Building sehr wichtig, auch hinsichtlich der „Human Resources“, bei dem die Diplomatische Akademie eine wichtige Rolle spielt. Capacity-Building muss angesichts des Aufbaus eines Europäischen

¹ Vgl. die Referentenliste im Anhang

Diplomatischen Dienstes neben der nationalen auch in der europäischen Dimension gesehen werden.

Für das österreichische Bundesheer stellt Afrika einen neuen Schwerpunkt dar, wobei das Prinzip „African Solutions for African Problems“ zentral ist. Ziel ist es, die afrikanischen Gesellschaften bei der Schaffung und Weiterentwicklung von Sicherheitsstrukturen zu stärken und gleichzeitig den Aufbau nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung und stabiler Demokratie zu ermöglichen. Dies ist auch der Grund, wie *Edmund Entacher* ausführte, warum sich Österreich an EUFOR/Tschad beteiligt.

Multilaterale Herangehensweisen zu Frieden und Sicherheit in Afrika

Die Leitthemen „Responsibility to Protect“, das Konzept „Sicherheit und Entwicklung“, die Rolle der Regional- und Subregionalorganisationen sowie Fragen des Capacity-Building waren das gesamte Seminar hindurch präsent. Insbesondere das Capacity-Building wurde von den Teilnehmern als zentral erachtet, wobei unterschiedliche Schwerpunktsetzungen zu erkennen waren:

Margaret Vogt betonte die Notwendigkeit, besonders die Zivilgesellschaft, die NGOs und lokale Gemeinschaften zu stärken sowie Kapazitäten für Frühwarnung und Konfliktprävention innerhalb der UNO zu schaffen.

Walter Feichtinger hob hervor, dass Capacity-Building auch Bewusstseinsbildung in den Entsender- und Empfängerstaaten von Friedenstruppen miteinschließt und nur mit Zustimmung und Verständnis der Bevölkerung ein positives Ergebnis von Missionen erreicht werden kann.

Capacity-Building ist aber auch, so *Columba Blango*, für die Umsetzung des Konzeptes „Sicherheit und Entwicklung“ unabdingbar. Es muss daher vor allem die strategische Ebene, die staatlich-politischen Führungsstrukturen umfassen. Die Grundlagen dafür müssen Rechtsstaatlichkeit, Good Governance, Demokratie und Menschenrechte bilden. Nach dem Prinzip „Changes come from the top“ müssen zuallererst die Regierungen Veränderungsbereitschaft zeigen.

Alle Referenten die entscheidende Rolle der Regional- und Subregionalorganisationen hervor, weil es einerseits darum geht, afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme zu finden, und weil andererseits diese Organisationen größere Akzeptanz in den afrikanischen Gesellschaften finden. In diesem Zusammenhang ist auch der bedeutende Entwicklungssprung von der OAU zur AU mit der Möglichkeit zur Intervention in Mitgliedsstaaten unter gravierenden Umständen besonders hervorzuheben.

Schaffen von Frieden – Beenden von Krisen

Grundvoraussetzung zur Schaffung von nachhaltiger Sicherheit und Entwicklung ist die Beendigung von Krisen. Anhand der Krise in Darfur verdeutlichte *Francis M. Deng*, dass Krisen nicht als isoliertes Phänomen betrachtet werden können. Vielmehr ist Darfur nur eine der anhaltenden Krisen im Sudan, die verschiedene Ursachen haben. Diese Ursachen lassen sich jedoch nicht nur im Sudan, sondern bei vielen der zahlreichen Konflikte in Afrika ausmachen: Marginalisierung und Ausgrenzung von ethnischen oder religiösen Gruppen aus dem politischen Prozess im Zusammenhang mit den aus dem Westen übernommenen Verfassungsmodellen, die die Vielfalt Afrikas nicht repräsentieren, sind eine wesentliche Konfliktursache. Die Herausforderung besteht daher darin, die große Diversität afrikanischer Gesellschaften im politischen System zu berücksichtigen.

Auf die Ursachen der Konflikte in Westafrika ging *Shola Omoregie* ein. Zentrale Hindernisse erfolgreicher Regierungsführung sind die zahlreichen Warlords, Fraktionen, Milizen und Rebellen Gruppen, die infolge unkontrollierter Staatsgrenzen ungehindert ihren kriminellen Tätigkeiten nachgehen können. Die wichtigsten Aufgaben in der Post-Konflikt-Phase sind Sicherheit und Entwicklung als zusammenhängenden Prozess voranzutreiben sowie eine Reform des Sicherheitssektors durchzuführen. Für viele afrikanische Staaten ist auch die Frage der Verteilung der natürlichen Ressourcen entscheidend, da eine ungleiche Verteilung erneut erhebliches Konfliktpotenzial in sich bergen kann. Als positives Beispiel für erfolgreiches Peacebuilding wurde Guinea-Bissau genannt, bei dem die UNO, die AU und die EU voll eingebunden waren.

Stellvertretend für die Probleme ostafrikanischer Staaten analysierte *Mwesiga Baregu* die Krise im politischen System Kenias. Ursache für die Krise in Kenia ist die gescheiterte Verfassungsreform. Durch diese wurden die Erwartungen der Bevölkerung enttäuscht und es entstand ein erhebliches Legitimitätsproblem. Nach den manipulierten Wahlen war vor allem die Reaktion der Anrainerstaaten schwach und zurückhaltend. Die wichtigsten Herausforderungen in Kenia, aber auch in anderen afrikanischen Staaten, sind weiterhin die Lösung des Legitimitätsproblems und die Reform der Wahlsysteme. Letztere müssen von dem Prinzip „The winner takes all“ zu einem proportionalen System transformiert werden.

Erhaltung von Frieden in Afrika – Überdenken der Partnerschaften für den Frieden

Grundsätzlich muss heute davon ausgegangen werden, dass die Krisen und Konflikte Afrikas gerade im Hinblick auf die steigende Zahl der beteiligten Akteure nur durch multilaterales Engagement gelöst werden können. Dazu ist es notwendig, die Zusammenarbeit zwischen UNO, EU und AU ständig zu evaluieren und zu verbessern. Für die AU ist dies besonders wichtig, da sie, wie *Philip Schauer* ausführte, über sehr begrenzte finanzielle, personelle und institutionelle Ressourcen verfügt und dieser Mangel nur durch internationale Zusammenarbeit ausgeglichen werden kann. Vor allem die Beiträge der EU zu Peacekeeping-Einsätzen der AU tragen wesentlich zur finanziellen Entlastung der AU bei. Gewisse Spannungen entstehen allerdings dadurch, dass unterstützende Staaten und Institutionen beim Einsatz der Mittel auf Mitsprache pochen. Da die AU dies mit dem Hinweis auf den autonomen Akteursstatus ablehnt, versuchen Geldgeber durch direkte Finanzierung von Einzelpersonen ein stärkeres Gewicht in der AU zu erlangen. Für die Zukunft der AU ergibt sich daher vor allem die Frage nach zusätzlichen beziehungsweise alternativen Finanzierungsquellen.

Neben den internationalen Organisationen fokussieren auch China und Indien ihr Engagement auf Afrika. Afrika ist, wie *Siphamandla Zondi* darlegte, für diese Länder Teil einer globalen Strategie mit dem primären Hintergrund der Rohstoff- und Energiesicherung. Die afrikanischen Staaten müssen dabei ihre Interessen und Kooperationswünsche definieren, damit ein gegenseitiger Nutzen gesichert ist.

Eine dritte Gruppe von Akteuren, denen zukünftig eine noch entscheidendere Rolle zukommen wird, sind die subregionalen Organisationen wie etwa ECOWAS. Insgesamt ist es für Peacekeeping-Missionen in Afrika wichtig, die Möglichkeiten der Missionen in Anbetracht der Kapazitäten realistisch einzuschätzen und zu vermitteln, um die entstehenden Erwartungen bei Entsende- und Empfängerstaaten nicht zu enttäuschen.

Management von Friedensmissionen in Westafrika – Herausforderungen in der Praxis

Da Herausforderungen beim Peacemaking und Peacekeeping auch im Hinblick auf die konkrete Lage und das Vorgehen im Operationsgebiet bestehen, ist es notwendig, das Umfeld der Konflikte zu kennen und zu verstehen. Am Beispiel Westafrika verdeutlichte *Sunday A. Ochoche*, dass Peacebuilding ein langwieriger Prozess ist und daher Geduld vonseiten der Staaten erforderlich ist. Um die wichtige Frage nach dem geeigneten Zeitpunkt des Abzuges externer Peacekeeping-Kräfte klären zu können, könnten bestimmte Key-Benchmarks wie Wahlen, Security Sector Reform oder lokale Capacity dienen.

Auf Seite der Peacekeeping-Kapazitäten wurde, wie *Hassan Mamman Lai* ausführte, mit der Aufstellung der ECOWAS-Brigade, in die auch zivile Kapazitäten integriert sind, ein wichtiger Schritt getan. Die Ausbildung der Kräfte der ECOWAS-Brigade auf strategischer, operativer und taktischer Ebene ist daher eine zentrale Aufgabe, um die geplante Einsatzbereitschaft 2010 zu erreichen.

An die kritische Frage der Kapazitäten anknüpfend, ging *Francesco Mancini* auf das Management und die optimale Nutzung der vorhandenen Kapazitäten ein. Der Managementprozess soll eine Mission in allen Phasen und Bereichen begleiten: in Planung, Organisationsstruktur, Entscheidungsfindung und im Monitoring beziehungsweise bei der Evaluierung. Planung muss dabei als ein kontinuierlicher Prozess verstanden werden, der sich nicht mit der Verlegung in das Einsatzgebiet beschränkt. Im Hinblick auf die Organisationsstruktur ist das Augenmerk auf Flexibilität zu richten, um auch außerhalb der Hauptstadt über Kapazitäten zu verfügen. Eine weitere zentrale Herausforderung des Managements betrifft die Weitergabe von Information, um rasch die richtigen Entscheidungen treffen zu können. Hier hat die UNO einen großen Aufholbedarf, da die Verbreitung von Information derzeit fast ausschließlich in Richtung Spitze erfolgt und „top down“ zu wenige Informationen weitergegeben werden. Auch das Monitoring während und nach einer Mission ist in der UNO schwach ausgeprägt, da nur der Output gemessen und der Outcome vernachlässigt wird.

Peacebuilding in Afrika – Zur Frage der Souveränität

Nach der Beendigung von Kriegen oder gewaltsamen Konflikten, folgt der wesentlich schwierigere und langfristig angelegte Prozess der Post-Conflict-Reconstruction (PCR). Zu Beginn seiner Ausführungen warf *Naison Ngoma* die Frage auf, wann die PCR beginnen soll und an welchen Benchmarks man den Beginn bestimmen kann. Die AU verfügt derzeit über die einzigen rein kontinentalen Strategien und Policies, die, auch wenn sie nicht perfekt sind, in ganz Afrika politisch akzeptiert werden. Wie auch in anderen Bereichen ist die Hauptschwierigkeit für die PCR in Afrika die Knappheit der Mittel und die geringe Aufmerksamkeit der AU auf diesen Themenbereich. Die Existenz der Policy kann daher bereits als ein erster Erfolg gewertet werden.

Die PCR muss primär als Soforthilfe für Staaten verstanden werden, um den Rückfall in Chaos und Konfliktzustände zu verhindern. Die wichtigsten Felder der PCR sind Sicherheit, humanitäre Soforthilfe, sozioökonomischer Wiederaufbau, Governance of Transition sowie Frauen und Gender. Diese Bereiche müssen unter Hinblick auf die Prinzipien afrikanische Führung, nationale und lokale Beteiligung und Kooperation mit externen Partnern umgesetzt werden. Entscheidend für den Erfolg der PCR sind ein klares operatives Konzept sowie konkrete Vorschriften (Rules of Engagement) zur Implementierung. Als gelungen kann eine PCR gelten, wenn sich ein akzeptiertes, leistungsfähiges, selbsttragendes politisches System etabliert hat.

In vielen Fällen ist im afrikanischen Post-Conflict-Environment parallel zum Peacebuilding-Prozess auch ein Statebuilding-Prozess notwendig. Dies kann nach der Meinung von *Timothy Murithi* zu Fragen der Kompatibilität beziehungsweise Konkurrenz dieser beiden Prozesse führen. Statebuilding ist vor allem auf die Etablierung von institutionellen Kapazitäten fokussiert, woraus jedoch nicht immer die Schaffung von Frieden resultiert. Dabei kanalisiert der Aufbau von Verwaltung und Justiz die Austragung von Machtkonflikten in das politische System. Im Gegensatz zum Statebuilding muss Peacebuilding vom Staat und von der Zivilgesellschaft gemeinsam getragen werden. Friedensabkommen und vielfach Vereinbarungen zwischen Elitenfraktionen schaffen lediglich kurzfristig physische Sicherheit und beseitigen nicht die zugrunde liegenden Konflikte. Die Aufgabe einer starken Zivilgesellschaft sowie staatlicher Kontrollinstitutionen ist es, den Staat nicht in Korruption und Misswirtschaft abgleiten zu lassen. Letztendlich muss im Bezug auf Peacebuilding und Statebuilding der Gefahr vorgebeugt werden, dass afrikanische Gesellschaften durch die ständige Präsenz internationaler Truppen nicht mehr die Fähigkeit erlangen können, Konflikte selbstständig zu lösen.

Der Nexus Organisierte Kriminalität und Konflikt in Afrika – Die Rolle der multilateralen Antworten

Im Kontext verschiedener Konflikt- und Postkonfliktsituationen ist vor allem in Westafrika die Organisierte Kriminalität (OK) eines der Hauptprobleme bei der Schaffung von Frieden und Sicherheit. Am Beispiel von Guinea-Bissau stellte *Shola Omoregie* die wichtigsten Aspekte der OK und ihrer Auswirkungen auf den Friedensprozess dar. Guinea-Bissau ist derzeit ein wichtiger Transitstaat für Suchtgifte aus Südamerika in die EU. Als Gründe dafür können die schwache Exekutive und Justiz sowie die mangelnde Grenzsicherung zu Wasser und zu Land gelten. Die OK erschwert den Peacebuilding-Prozess und behindert das Entstehen von politischer und wirtschaftlicher Stabilität. Bei der Bekämpfung der OK sind primär die Ausbildung und die technische Ausstattung der Polizeibehörden und der Justiz zu verbessern. Dabei ist eine bessere internationale und regionale Kooperation notwendig – vor allem im Zurverfügungstellen relevanter nachrichtendienstlicher Information. Der zweite wichtige Ansatz zur Bekämpfung der OK ist, langfristig Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Zukunftsperspektiven für die stark wachsende Bevölkerung zu schaffen.

Auf Ebene der UNO ist das United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) in der Entwicklung und Implementierung von Lösungsstrategien federführend. Die Strategie der UNODC zur Bekämpfung der OK verfolgt nach *Antonio L. Mazzitelli* zwei Ansätze. Es geht darum, einerseits den Finanzverkehr der OK zu bekämpfen und andererseits Capacity-Building in den Bereichen Polizei und Justiz voranzutreiben. Hauptproblem ist dabei die Korruption in den afrikanischen Staaten. Westafrika ist für die Aktivitäten der OK das ideale Umfeld. Der Strategieansatz UNODC ist daher, dieses Umfeld zu ändern und der OK damit den Nährboden zu entziehen. Dabei soll das Risiko für die OK durch Beschlagnahme von kriminell erworbenen Geldmitteln, durch die konsequente strafrechtliche Verfolgung von Kriminellen und durch die wirksame Bekämpfung der Korruption erhöht werden.

Eine andere Herangehensweise an das komplexe Verhältnis von Kriminalität und Konflikt stellte *James Cockayne* vor. Seine zentrale These ist, dass Kriminalität in Konflikten verschiedenste Formen und Hintergründe hat und damit verschiedene Antworten verlangt. Kriminalität und Gewalt sind Resultat und Ursache der Konkurrenz zwischen verschiedenen Fraktionen und Netzwerken innerhalb einer Gesellschaft. Die UNO hat bei Peacekeeping-Operations derzeit keine Mittel, auf dieses Problem zu antworten.

Als Lösungsansätze schlug *Cockayne* vor, das transnationale Engagement in der Bekämpfung der OK zu erhöhen und alle betroffenen Akteure, Staaten, aber auch Diaspora-Gemeinden und

internationale Banken mit einzubinden. In Post-Konflikt-Lagen steht man oft vor der schwierigen Entscheidung, ob dem Frieden oder der Gerechtigkeit die Priorität gegeben werden soll. Als Antwort wäre eine Strategie denkbar, die die führenden kriminellen Elemente aus der Gesellschaft und den politischen Strukturen verfolgt und bestraft, für den kriminellen Unter- und Mittelbau jedoch andere Maßnahmen vorsieht.

Implementierung von „Responsibility to Protect“: Lehren von Ruanda bis Darfur

Vor allem vor dem Hintergrund der tragischen Ereignisse in Ruanda und Bosnien in den Neunziger Jahren entstand eine intensive Diskussion, ob es ein Recht bzw. sogar eine Pflicht zur humanitären Intervention gibt oder ob das völkerrechtliche Prinzip der staatlichen Souveränität Vorrang genießen soll. Die durch die kanadische Regierung etablierte International Commission on Intervention and State Sovereignty legte 2001 den Bericht mit dem Titel „The Responsibility to Protect“ vor.

Edward Luck, schilderte die Entwicklung dieses neuen Konzeptes, das beim World Summit 2005 die Unterstützung von 150 Staats- und Regierungschefs fand. Sie bekräftigten, dass souveräne Staaten eine ausdrückliche Verpflichtung zum Schutz ihrer Bevölkerung vor Genozid, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit haben. Für den Fall, dass ein Staat dabei aus Unfähigkeit oder Unwilligkeit versagt, erklärten die Staats- und Regierungschefs ihre Bereitschaft, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um Schutz und Sicherheit der Zivilbevölkerung zu garantieren, als letztes Mittel auch durch militärisches Eingreifen mit Zustimmung des Sicherheitsrats.

Seit 2005 sind jedoch viele Staaten vom erreichten Konsens wieder abgerückt. In der Folge schuf der UNO-Generalsekretär den Posten eines Special Adviser on the Responsibility to Protect und betraute im Februar 2008 *Edward Luck* mit diesem Posten. Wichtigste Aufgabe ist es, Kohärenz innerhalb des Konzeptes herzustellen und die Verpflichtung zum Schutz klar vom Konzept der humanitären Intervention zu trennen. Während sich letztere ausschließlich auf militärische Interventionen zu humanitären Zwecken bezieht, ist die Verpflichtung zum Schutz viel umfassender zu begreifen.

Mittlerweile zeitigt das Konzept „Responsibility to Protect“ erste Auswirkungen: Es wurde zum ersten Mal in Kenia angewendet, wo es nach den Parlaments- und Präsidentenwahlen vom Dezember 2007 zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen war. Kofi Annan berief sich während seiner Vermittlertätigkeit wiederholt auf seine Rolle im Rahmen der „Responsibility to Protect“.

Die Bedeutung des Konzepts für afrikanische Staaten unterstrich *Margaret Vogt*. ECOWAS war (noch vor der AU) die erste Organisation, die in ihren Dokumenten die Verpflichtung zum Schutz implementiert hat. Grund dafür war die Annahme, dass dadurch ein Abschreckungseffekt zu erzielen ist, der in weiterer Folge Interventionen überflüssig machen würde. Tatsächlich hat sich die Situation seit dem Inkrafttreten der genannten Bestimmungen in Westafrika deutlich verbessert.

Zusammenfassung

Das IPI-Seminar 2008 zeigte deutlich, dass sich eine Vielzahl von Staaten, Internationalen Organisationen, Think-Tanks und viele andere Institutionen mit Afrika auseinandersetzen. *Terje Rød-Larsen* machte klar, dass dabei überlegt werden muss, von welchem Afrika gesprochen wird. Afrika heute? Afrika 2015 oder Afrika 2050? Diese Überlegungen sind vor allem angesichts der demografischen Entwicklung und der steigenden Nahrungsmittelknappheit entscheidend. Eine richtungweisende Antwort auf diese Frage könnte *Walter*

Feichtinger mit dem Vorschlag gegeben haben, „heutige Probleme mit dem Horizont von morgen zu lösen“.

Neben der großen Bedeutung der Internationalen Organisationen wie der UNO wurde im Lauf des Seminars auch die essenzielle Rolle der Regional- und Subregionalorganisationen hervorgehoben. Aufgrund der gestiegenen Anzahl der Akteure bedarf es in Zukunft einer noch engeren Zusammenarbeit, effektiveren Managements und genauerer Prioritätensetzung, um Frieden, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung in Afrika zu implementieren. Hinsichtlich der Akteure ist – vor allem in Bezug auf das Konzept „Responsibility to Protect“ – die Konzentration zukünftig nicht nur auf „schwache Staaten“ zu richten. Es muss auch die heikle Frage beantwortet werden, wie mit „starken Staaten“, die ihre Bevölkerung nicht schützen können oder wollen, umgegangen werden soll. Der politische Wille aller Beteiligten bleibt daher die entscheidende Determinante für die Schaffung und Sicherung von Frieden in Afrika.

Letztlich bestätigte die Diskussion auch, dass die österreichische Beteiligung im Rahmen von EUFOR/Tschad nicht nur ein entscheidender humanitärer Beitrag in der Konfliktregion, sondern auch ein richtiger und wichtiger Beitrag für ein stärkeres internationales Engagement in Afrika ist, wie *Edmund Entacher* bereits zu Beginn der Veranstaltung ausdrücklich betont hat.

Die Referenten in alfabetischer Reihenfolge

Professor *Mwesiga Baregu*, Department of International Relations,
University of Dar es Salam

Dr. *Columba Blango*, Government of Sierra Leone, Governance Decentralization Program,
Consultant

Mr. *James Cockayne*, International Peace Institute, Associate

Professor *Francis M. Deng*, Special Representative of the
UN Secretary-General for the Prevention of Genocide

General *Edmund Entacher*, Austrian Armed Forces, Chief of Defence Staff

Brigadier Dr. *Walter Feichtinger*, Austrian National Defence Academy,
Institute for Peace Support and Conflict Management

Brigadier *Hassan Mamman Lai*, ECOWAS Standby Brigade, Chief of Staff

Dr. *Edward Luck*, International Peace Institute, Senior Vice President,
Special Adviser to the UN Secretary-General

Francesco Mancini, International Peace Institute, Associate

Mr. *Antonio L. Mazzitelli*, UN Office on Drugs and Crime, West Africa, Regional
Representative

Dr. *Timothy Murithi*, University of Bradford, Department of Peace Studies,
Centre for International Cooperation and Security (CICS), Senior Research Fellow

Dr. *Naison Ngoma*, Institute for Security Studies Pretoria,
Security Sector Governance Programme, Head

Sunday A. Ochoche, UN Integrated Office in Sierra Leone, Peace and Governance Section,
Senior Political Affairs Officer

Ambassador *Shola Omoregie*, Special Representative of the
UN Secretary General for Guinea Bissau

Dr. *Gerhard Reiweger*, Diplomatic Academy Vienna, Deputy Director

Ambassador *Terje Rød-Larsen*, International Peace Institute, President

Dr. *Philip Schauer*, German Federal Foreign Office, UN Policy Division, Head

General *Raimund Schittenhelm*, Austrian National Defense Academy, Commandant

Professor *Margaret Vogt*, UN Department of Political Affairs, Africa I Division,
Deputy Director

Dr. *Siphamandla Zondi*, Institute for Global Dialogue, South Africa, Programme Director

Rapporteure waren neben *Dr. Thomas Pankratz* auch *Mag. Eva Strickmann*, *Mag. Gustav Gressel*, *Dr. Gerald Hainzl*, *Dr. Peter Hazdra* und *Hanns Matiasek*.